

Offener Brief zum Zeitungsartikel: „Heil will leichteren Hartz-IV-Bezug bis Ende 2021 verlängern“
(Frankfurter Allgemeine vom 30.10.2020)

Lieber Frank,

der Vorstand des Bundeserwerbslosenausschuss bezieht sich auf den Artikel „Heil will leichteren Hartz-IV-Bezug bis Ende 2021 verlängern“, veröffentlicht am 30.10.2020 u.a. auf der Onlineplattform der Frankfurter Allgemeinen Zeitung www.faz.net mit nachfolgenden Ergänzungen:

Wir begrüßen deine Forderung nach einem Bonus für Hartz-IV-Bezieher*innen für die Zeit des bestehenden Teil-Lockdowns als Schritt in die richtige Richtung. Ein Bonus von 150 Euro erachten wir als ein Anfang, durch den Voll-Lockdown im Frühjahr und den jetzigen Teil-Lockdown reicht diese Einmalzahlung nicht aus.

Die Coronakrise trifft die Menschen, die auf die Grundsicherungssysteme angewiesen sind, besonders hart. Der über Jahre politisch klein gerechnete Regelbedarf der Grundsicherung reichte schon in „normalen“ Zeiten nicht aus.

Der Vorstand des Bundeserwerbslosenausschusses legte in seiner Erklärung vom 31. März 2020 zum „Sozialschutz Paket aus dem Arbeitsministerium“ seine Forderungen dar. Die Forderungen aus der März-Erklärung ergänzen wir mit der Erklärung vom 03. November 2020, „Die pandemiebedingten Ausnahmeregelungen in den Grundsicherungssystemen über den 31. Dezember 2020 hinaus verlängern“. Sie sind gegenwärtig das Mindeste was die Bundesregierung umsetzen muss.

Für deine bisherige und weitere Unterstützung bedanken wir uns.

Mit kollegialen Grüßen
Vorstand des Bundeserwerbslosenausschusses

Anlagen:

- Erklärung des BEA-Vorstandes vom 4.11.2020 „Pandemiebedingte Ausnahmeregelung in den Grundsicherungssystemen verlängern“
- Erklärung des BEA-Vorstandes vom 31.03.2020 “Sozialschutz Paket I“

Kopie ergeht an „PUBLIK“ und „ver.di news“